

A n t r a g

der Fraktion der CDU

"Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft" - Europäisches Jahr für Entwicklung 2015

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag zu berichten

1. inwieweit sich Thüringen am Europäischen Jahr für Entwicklung 2015 beteiligt;
2. welche Themen die Landesregierung in diesem Kontext für besonders geeignet hält und welche Veranstaltungsformen sie dafür als sinnvoll erachtet;
3. ob die Themenstellung des Europäischen Jahres 2015 einen Schwerpunkt bei der Europawoche einnehmen wird;
4. ob Thüringen sich mit einem Beitrag am nationalen Arbeitsprogramm der Bundesrepublik in Bezug auf das Europäische Jahr für Entwicklung beteiligt;
5. ob seitens des Freistaats Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahres für Entwicklung kofinanziert werden;
6. inwieweit Stiftungen und die in der Entwicklungszusammenarbeit aktiven gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen bei der Umsetzung der Vorhaben der Landesregierung zum Europäischen Jahr für Entwicklung beteiligt sind;
7. inwieweit die Entwicklungszusammenarbeit des Freistaats Thüringen mit dem Königreich Kambodscha eine besondere Rolle im Europäischen Jahr für Entwicklung spielen wird.

Begründung:

EU-Kommission und -Parlament haben 2015 zum "Europäischen Jahr für Entwicklung" erklärt. Ziel des Europäischen Jahres soll es zunächst sein, die Bürger über die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union und der einzelnen Mitgliedstaaten zu informieren und die Anforderungen und Bedürfnisse einer sinnvollen Entwicklungspolitik darzustellen. Seit 1957 leistet die Europäische Union Entwicklungshilfe und ist weltweit größter Geber öffentlicher Entwicklungshilfemittel. Mit dem Europäischen Jahr 2015 möchte sie eine umfassende Debatte über europäische Entwicklungszusammenarbeit ins Leben rufen. Unter dem Leitwort "Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft" werden viele große Themenbereiche zusammengefasst, die von der Bekämpfung von Hunger und Armut über die medizinische Versorgung und den Zugang zu Bildung bis hin zu Menschenrechten, Demokratie und Nachhaltigkeit reichen. Die Bürger sollen unmittelbar an den Projekten des Europäischen Jahres beteiligt werden und ihr Blick für den Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur für die Empfänger, sondern auch für die Uni-

onsbürger geweitet werden. Nach dem Beschluss des europäischen Parlaments steht im Mittelpunkt des Jahres eine großangelegte europaweite Kommunikations- und Informationskampagne. Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, dieses Projekt durch eigene Maßnahmen zu ergänzen. Auch die Zivilgesellschaft, Jugendorganisationen und in der Entwicklungszusammenarbeit aktive gesellschaftliche Gruppen sind eingeladen, sich zu beteiligen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist Entwicklungspolitik zwar in erster Linie Bundesangelegenheit, aber auch die Länder tragen in diesem Bereich Verantwortung. Die Länder unterhalten Regionalpartnerschaften unter anderem mit Empfängerländern. So besteht zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Königreich Kambodscha eine Entwicklungszusammenarbeit.

Ziel des Antrags ist es, zu erfahren, inwieweit die Landesregierung sich an der Durchführung des Europäischen Jahres für Entwicklung 2015 beteiligt.

Für die Fraktion:

Mohring